

Leserbrief Glattaler

Verfasserin	Angelika Murer Mikolasek, Gemeinderätin GEU/glp
Publiziert	23. Januar 2014
Betrifft	Landverkauf Wasserfurren

Nein zum Verscherbeln des Landes in der Wasserfurren

Eine Stadt oder Schulgemeinde muss in ihrer Liegenschaftenstrategie langfristig denken, nicht nur für die jetzige Generation. Ein Verkauf des Landes in der Wasserfurren, heute im Besitz der Sekundarschule, ist absolut falsch: Statt Möglichkeiten für die Zukunft der Schule zu erhalten oder mit einem Baurecht langfristig Einnahmen für den Schulbetrieb zu sichern, wird ein kurzfristiger Gewinn gesucht, dessen Ertrag rasch verpuffen wird. Die Sekundarschulpflege hat es nicht einmal geschafft an den Verkauf wenigstens noch soziale Kriterien, wie die Schaffung von Wohnraum für Familien oder ältere Menschen zu knüpfen, sondern verscherbelt wertvolles Tafelsilber mit kurzfristiger Sichtweise an den Meistbietenden.

Die Bevölkerungszahlen der Stadt Dübendorf waren lange stabil, sodass keine Notwendigkeit bestand, ein zusätzliches Schulhaus zu bauen. Alleine in den letzten 7 Jahren ist die Bevölkerungszahl jedoch um 10% gewachsen und ein weiteres starkes Wachstum ist bei den zahlreich anstehenden Bauprojekten absehbar. Auch die Geburtenraten steigen. Als Folge zeigen die Prognosen der künftigen Schülerzahlen steil nach oben.

Heute kann niemand mit Sicherheit sagen, wie viel zusätzlichen Schulraum wir in 30 oder 50 Jahren benötigen werden, sei es für die Sekundar-, die Primarschule oder weiterführende Schulen. Zudem werden die nächste und übernächste Generation städtebauliche Bedürfnisse haben, welche uns heute noch nicht bekannt sind. In Dübendorf wird bald der grösste Teil des Baulandes verbaut sein. Nach Annahme der Kulturlandinitiative ist es fraglich, inwieweit für öffentliche Infrastrukturen künftig noch Land neu eingezont werden kann. Damit macht der Verkauf eines der letzten grossen Grundstücke in öffentlichem Besitz gleich mehrfach keinen Sinn.

Wollen wir künftigen Generationen überhaupt noch ein bisschen Spielraum belassen, müssen wir sicherstellen, dass öffentliches Land im Besitz der Allgemeinheit bleibt. Die Sekundarschule hat sich mit den vergangenen Steuererhöhungen eine solide finanzielle Basis geschaffen, um zukünftige Bauprojekte finanzieren zu können. Der Verkauf ist somit auch aus finanzieller Sicht gar nicht nötig. Im Gegenteil: Durch den Landverkauf verpasst es die Sekundarschulpflege, das Land im Baurecht abgeben und dadurch langfristige Zinseinnahmen für die Schule sichern zu können.

Aus alle diesen Gründen ist der geplante Landverkauf klar abzulehnen.

Angelika Murer Mikolasek, Gemeinderätin Dübendorf GEU/glp